

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Jürgen Wagner: Münchner Sicherheitskonferenz: Rüstung statt Dialog!**
- **Wolfgang Bittner: Informations-Krieg gegen Russland. Wie Fakten verkehrt werden und Kritiker kaltgestellt werden sollen**
- **Ramon Schack: "Der Staat Jugoslawien stand dem strategischen Entwurf der USA im Wege"**
- **Russia Today: Militärkolonne aus 50 LKWs ohne Hoheits-Kennzeichen bei Dresden unterwegs**
- **Andreas Becker: Zündet Saudi-Arabien die Lunte zu einem neuen Nahost-Krieg?**
- **Markus Balsler: Wenn Investoren Bauern das Land rauben**
- **Franz Küpper: "Genossen" als Laden-Betreiber: Der Dorf-Laden soll bleiben**
- **Heiko Schrang: Ist der Zins verfassungswidrig?**
- **Norbert Häring im Gespräch mit Jens Wernicke: Der Weg in die totale Kontrolle**

Zitat des Monats von [Jean Ziegler](#):

**Schuld am Hunger ist die grenzenlose Habsucht
der räuberischen Oligarchen des globalisierten Finanzkapitals.**

**Schuld ist die erdumspannende Macht der transkontinentalen Agrokonzerne und
Hedgefonds, die auf Lebensmittelpreise spekulieren.**

**Schuld ist die Wirtschaftsordnung, die den Profit
über das Wohlergehen der Menschen stellt.**

Schuld sind Freihandel und Biotreibstoff und Landgrabbing.

- Jürgen Wagner: **Münchener Sicherheitskonferenz: Rüstung statt Dialog!**

Schon im Vorfeld der Konferenz hieß es, eine "Ära der Instabilität" sei angebrochen. Die Auseinandersetzungen in Syrien und der Ukraine sowie das damit verknüpfte und zerrüttete westlich-russische Verhältnis standen im Mittelpunkt. In Syrien wurde nicht weggeschaut, wie der Veranstalter Ischinger meinte, sondern die radikal-islamischen Kräfte wurden mit westlicher Duldung oder gar Einverständnis massiv unterstützt.

Der Westen führte Luftschläge durch, was Russland bewog, an der Seite der syrischen Regierung mit der Luftwaffe einzugreifen. [Mittlerweile stehen sich in Syrien Groß- und Regionalmächte gegenüber](#), die das Potential haben, dass die Lage drastisch eskalieren kann.

Auf der Konferenz gaben sich der amerikanische und russische Außenminister gegenseitig die Schuld für die Lage in Syrien. Verschärft wurde der Disput durch die Attacken von US-Senator McCain. Der US-Außenminister Ashton Carter redete gar von einem aktiven Handeln der NATO, die schon mal die AWACS in Bereitschaft versetzt. Auch Saudi-Arabien und die Türkei stehen für einen Einsatz bereit.

Aber auch die in Osteuropa gegen Russland gerichteten Aufrüstungs- und Manövermaßnahmen sollen weiter intensiviert werden, angeblich um Russland abzuschrecken. Die russischen Politiker Sergei Lawrow und Dimitri Medwedew fühlen sich angesichts der unfreundlichen Behandlung in den Kalten Krieg zurückversetzt.

[Jürgen Wagner](#) ist Politikwissenschaftler, Autor zahlreicher Artikel und Studien zur NATO und zu US-Strategien und EU-Militarisierung und Vorsitzender der Informationsstelle gegen Militarisierung in Tübingen (IMI). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Bittner: **Informations-Krieg gegen Russland. Wie Fakten verkehrt werden und Kritiker kaltgestellt werden sollen**

Die führenden deutschen Politiker bezeugen immer wieder, dass Russland für das in der Ukraine und Syrien herrschende menschliche Leid verantwortlich sei. Es werden dabei geschichtliche Fakten und aktuelles Geschehen falsch dargestellt, obwohl es eindeutige Belege für eine realistische Darstellung gibt. Russland wird immer als Aggressor genannt, auch wenn die NATO offenkundig auf verschleiende, drohende und hetzende Weise die Lage hervorruft oder verschärft.

Russische Angebote für Gespräche und Zusammenarbeit werden möglichst unterschlagen. Da auch die Bürger diese Sicht bekommen sollen, werden besondere [Propagandastellen auf Kosten der Steuerzahler/Bürger](#) eingerichtet. Die Medien übernehmen unkritisch Agenturmeldungen, die ebenfalls diese Meinungsrichtung erhärten sollen. Wer sich kritisch gegenüber den offiziellen Verlautbarungen äußert, wird als Verschwörungstheoretiker diffamiert.

Um Meinungsabweichler besser ausfindig machen zu können, wird die Überwachung der Bürger z.B. mit dem [Bundestrojaner](#) verstärkt. "Es fragt sich, mit welchen Folgen für die Einzelnen und für die Gesellschaft."

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, studierte er Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ramon Schack: **"Der Staat Jugoslawien stand dem strategischen Entwurf der USA im Wege"**

Robert Baer hat 20 Jahre lang für den US-Geheimdienst CIA gearbeitet und war für diesen in Ländern wie dem Libanon, dem Irak, in Tadschikistan, in Marokko und im ehemaligen Jugoslawien tätig. 1997 verließ er den Geheimdienst und berichtete seitdem in Büchern und als Autor in Zeitungen über die US-Außenpolitik, Spionage und die Arbeit der Geheimdienste, die er zunehmend kritisch betrachtete.

In seinem neuen Buch "Secrets of the White House" wirft er dem CIA vor, den Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren massiv unterstützt zu haben. Der Staat [Jugoslawien sollte als geopolitischer Machtfaktor ausgeschaltet werden](#). Washington wollte damals die Chancen nach

dem Fall des Eisernen Vorhangs nutzen, um dauerhaft westliche Vorstellungen von der Welt nicht nur in Europa zu installieren, also der ganz große Abwasch, um zukünftig das Entstehen eines gegnerischen Machtfaktors, wie es die UdSSR einst war, dauerhaft zu verhindern.

So war Baer im Auftrag der CIA in Bosnien und dann in Slowenien tätig, um die Entwicklung zur Unabhängigkeit voranzutreiben, die 1991 in einen offenen Krieg mündete. Die führenden Politiker der Teilrepubliken wurden durch den CIA geschmiert. Für ein unabhängiges Kosovo sprachen die dortigen Ressourcen und die Absicht, die US-Militärbasis Bondsteel einzurichten.

[Ramon Schack](#), Jg. 1971, ist lt. selbst erstelltem Profil Diplom-Politologe, Journalist und Publizist. *Der Nahe Osten, Osteuropa, der Islam, Politischer Extremismus, die Offene Gesellschaft und ihre Feinde, sind die Schwerpunkte seiner journalistischen Arbeit.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Russia Today: Militärkolonne aus 50 LKWs ohne Hoheits-Kennzeichen bei Dresden unterwegs**

50 schwer beladene und mit Planen abgedeckte Militärfahrzeuge amerikanischer Bauart ohne Hoheitszeichen sind kürzlich (Meldung 22.02.2016) auf der Autobahn bei Dresden gesehen und fotografiert worden. Gemäß einer Meldung der US-Army wurde im Februar die größte Einzellieferung Munition des letzten Jahrzehnts (5'000 Tonnen, entsprechend 415 Schiffscontainern) nach Miesau bei Ramstein (Rheinland-Pfalz) geliefert, um zum Teil bei einem Großmanöver in Polen im Juni 2016 zum Einsatz zu kommen. Zum anderen Teil, [um das "ungebrochene Engagement für die Verteidigung" zu demonstrieren.](#)

Die Hoheitszeichen an den in Sachsen gesehenen Fahrzeugen fehlten wahrscheinlich deswegen, weil der Zwei-plus-Vier-Vertrag verbietet, in den neuen Bundesländern ausländische Streitkräfte und Atomwaffen zu stationieren.

Was hat es mit Verteidigung zu tun, wenn man vertragswidrig mit hunderten Tonnen Waffen näher an "Russlands Grenze" heranrückt? (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Andreas Becker: Zündet Saudi-Arabien die Lunte zu einem neuen Nahost-Krieg?**

[Saudi-Arabien rüstet derzeit nicht nur zum Krieg](#), sondern scheint geradezu erpicht darauf, selbst einzugreifen, da der Sieg des Islamischen Staates (IS) gegen Assad ausbleibt, seit die Russen an dessen Seite eingegriffen haben.

Die Saudis veranstalten das größte Militärmanöver ihrer Geschichte. In den vergangenen Tagen wurden saudische Kampfflugzeuge samt Besatzungen und Bodenpersonal auf den türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik verlegt. Die Verlegung erfolgte im Rahmen der von den USA geführten Militärkoalition gegen den Islamischen Staat (IS). Die türkisch-saudische Allianz gegen Syrien und Iran ist als anti-schiitische Allianz der Sunniten zu sehen.

Libanon verweigert sich jedoch der saudischen Forderung, seiner Militärallianz beizutreten. Dafür soll Libanon, in dem verschiedene Religionen und Ethnien neben einander leben, empfindlich abgestraft werden: die Wirtschaftsbeziehungen werden in Frage gestellt und möglicherweise bis zu 400'000 im Ausland lebende Libanesen sollen nach Hause geschickt werden.

Ein führender maronitischer Christ verfasste daher einen offenen Brief an den saudischen König Salman, in dem er aufzeigt, dass Libanon nicht Teil der Allianz werden kann, weil sonst das einzige Modell einer tragfähigen Lösung des Konflikts zerstört würde.

[Inhalt](#) ↑

- **Markus Balsler: Wenn Investoren Bauern das Land rauben**

[Investoren kaufen im großen Stil Ackerflächen in Entwicklungsländern.](#) Zahllose Bauern können sich gegen dieses sogenannte Landgrabbing kaum wehren, da das Landrecht in den betroffenen Ländern vor solchen Eingriffen unzureichend schützt.

Einer Oxfam-Studie zufolge wurden in den vergangenen 15 Jahren Ländereien von insgesamt der Größe Westeuropas verkauft. Seit 2001 wurden in Entwicklungsländern demnach rund 230 Millionen Hektar Land verkauft. Am stärksten war bislang Afrika, und dort der Südsudan, von den Landaufkäufen betroffen. Neben Afrika sind Brasilien, Honduras, Peru und die Philippinen betroffen.

Die meisten Investoren kommen aus den USA, gefolgt von Malaysia und den Arabischen Emiraten. Saudi-Arabien und zunehmend China sind auch dabei. Die Gründe für solche Investitionen sind entweder die Nahrungsmittelsicherheit im Land des Investors, Profit oder risikoarmes Investieren. In den betroffenen Ländern führen die Verkäufe zu Konflikten.

So sind seit 2002 fast tausend Menschen beim Kampf um ihre Landrechte umgekommen. Daher fordern Experten, dass sich der Anteil der formell abgesicherten Landrechte von indigenen und ländlichen Gemeinden bis 2020 verdoppeln muss, und starten Anfang März 2016 einen weltweiten Appell.

[Markus Balse](#)r, *Volkswirt*, berichtet seit 2001 bei der *Süddeutschen Zeitung* über Wirtschafts-, Energie- und Umweltthemen. 2008 als Stipendiat beim *Wall Street Journal*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Franz Küpper: "**Genossen**" als Laden-Betreiber: Der Dorf-Laden soll bleiben

In strukturschwachen Regionen, wie z.B. der Eifel, müssen Bürger von kleineren Gemeinden Eigeninitiative ergreifen, um ihre Infrastruktur wie Lebensmittelgeschäfte zu erhalten. Die Bürger tun das mit Erfolg.

Das beweist der Dorfladen in Sistig (Eifel), zu dessen Erhalt die [Bürger vor drei Jahren im Rahmen einer Genossenschaft aktiv](#) wurden. Der Laden hat nicht nur seinen [ersten Geburtstag](#) überstanden, sondern ist mittlerweile zu einem erfolgreichen Servicecenter geworden (Kölner Stadt-Anzeiger, Druckausgabe 12./13.03.2016, S.3). Auch in anderen Orten wie [Zingsheim](#), [Köttingen](#), [Eicherscheid](#), [Rott](#) (ebenfalls Eifel) oder [Mandern](#), aber auch im [Kölner Stadtteil Vogelsang](#) packen die Bürger mit viel Engagement und Erfolg an.

Eine Möglichkeit solche modernen "Tante-Emma"-Läden zu realisieren, besteht in der [Nutzung des Konzepts des DORV-Ladens](#). Der Begriff steht für 'Dienstleistung und ortsnahe Rundum-Versorgung'. Nach diesem Konzept werden mittlerweile in Deutschland schon über 200 Läden betrieben.

Die strukturschwachen Regionen Deutschlands haben regional unterschiedliche Ausprägungen von Problemen, die aus Landflucht und damit einhergehender Überalterung in den ländlichen Gemeinden resultieren, aber auch aus spezifischen Bürgerwünschen. Damit und mit den Ursachen für die [zunehmende Strukturschwäche](#), die vor allem die älteren Mitbürger betrifft, hat sich das Berlin-Institut 2010 ausführlich auseinander gesetzt.

[Inhalt](#) ↑

• Heiko Schrang: **Ist der Zins verfassungswidrig?**

Der Zins (und Zinseszins) ist im wahrsten Sinne des Wortes eine schwere Last für den Staatshaushalt. So stellen für Deutschland die Schuldzinsen mittlerweile den zweitgrößten Posten im Bundeshaushalt dar. Das ist gut für die Gläubigerbanken, aber schlecht für den Steuerzahler.

Die von Politikern gegebenen Versprechungen des Schuldenabbaus, bzw. des in Aussicht gestellten ausgeglichenen Haushalts, sind aufgrund des Zinseszinses nicht realisierbar. Solange die Geld- und Wirtschaftsstruktur nicht grundlegend geändert wird, ist sie von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Prof. Dr. Dieter Suhr, Professor für öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof, befasste sich mit der [Frage, ob der Zins verfassungswidrig ist](#). Er legte Vorschläge vor, die an die Geld- und Wirtschaftstheorien von Pierre-Joseph Proudhon, Silvio Gesell und John Maynard Keynes anknüpfen.

Prof. Suhr ging auch der Frage nach, ob durch die Tatsache, dass durch den Zins das Eigentum vom Schuldner auf den Kapitalgeber (Bank) übertragen wird, die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes verletzt wird. Unsere Verfassung schützt dasjenige Eigentum ganz besonders, das

aus persönlicher Arbeit und Leistung stammt. Daher ist die herrschende Auslegung des §950 BGB nicht ohne weiteres verfassungskonform. Sie kehrt die Schutzprioritäten geradezu um, da sie dem aus Zins entstandenen Eigentum mehr Schutz einräumt, als dem Erarbeiteten.

Prof. Dr. Margrit Kennedy fasste die revolutionären Ausführungen Prof. Suhrs wie folgt zusammen: "Wenn eine Verfassung gleichen Zugang der Individuen zu allen Dienstleistungen der Regierung garantiert - und das Geldsystem kann als solche aufgefasst werden - dann ist es illegal, wenn in diesem System 10% der Bevölkerung aus dieser Dienstleistung ständig mehr erhalten als sie bezahlen und das auf Kosten von 80% der Bevölkerung, die entsprechend weniger erhalten als sie dafür bezahlen." Da aber die Hochfinanz kein Interesse an einer Veränderung der bisherigen Geld- und Wirtschaftsstruktur hat, deren Nutznießer sie ist, sind die Thesen von Prof. Suhr ein schwerer Angriff auf das Fundament für ihren Profit.

[Heiko Schrang](#), Jg. 1969, Schriftsteller und Autor zu politischen und wirtschaftlichen Themen beim Börsen-Dienst 'wallstreet-online.de'.

Die [Senkung des Leitzinses der EZB auf Null Prozent](#) hat nichts mit der Abschaffung des Zinses an sich zu tun. Diese Maßnahme kommt dem Interesse der Hochfinanz und damit der Finanzspekulation entgegen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring im Gespräch mit Jens Wernicke: **Der Weg in die totale Kontrolle**

Auf einer nicht öffentlich gemachten Konferenz in London, die von der 'Schweizerischen Nationalbank' durchgeführt wurde, wurde lt. Nobert Häring eine [weltweite Kampagne zur Abschaffung des Bargelds aus geldpolitischen Gründen](#) vereinbart. Auch Vertreter der EZB waren unter den Vortragenden und Teilnehmenden.

Häring setzt in einem Interview auseinander, dass die Motive für die Abschaffung des Bargelds weitgehend mit der Finanzkrise zusammenhängen. Damit Gläubiger der Banken leichter zur Bankensanierung herangezogen werden können, müsse man den Menschen die Alternative zum Bankengeld nehmen. Dieses Geld auf dem Bankenkonto ist ein Kredit an die Bank, es gehört nicht dem Einleger sondern der Bank. Zudem eröffnet die Abschaffung des Bargelds die Möglichkeit, bestimmte auch legale, aber von den Mächtigen unerwünschte Geldtransfers einfach zu unterbinden.

Eine Schlüsselfigur beim Versuch der gesetzwidrigen Abschaffung des Bargeldes ist Mario Draghi, der in enger Verbindung mit Larry Summers, dem ehemaligen US-Finanzminister und Harvard-Ökonom, und mit Ken Rogoff, dem Harvard-Ökonom und ehemaligen Chefvolkswirt des IWF, steht. Diese Herren sind aufs Engste mit den Geschäftsbanken und deren Interessen verbunden. Und die Regierungen tun alles, was die Banken wollen, was nicht wundert, wenn z.B. ein Mann von 'Goldman Sachs' das Finanzministerium leitet.

Die schärfsten Waffen gegen dieses System sind daher das Gesetz und die Öffentlichkeit. Und die Nutzung von Bargeld, wo es nur geht.

[Norbert Häring](#) ist Volkswirt, seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.